



Thesenpapier zur Sicherheitspolitik, Nr. 2/2015

Gedanken zu den Folgen des russischen Rohstoffreichtums

von *Michael Pleßow*,

Teilnehmer des Seminars für Sicherheitspolitik 2015

Trotz der Förderung von alternativen Energiequellen scheinen Öl, Gas und Kohle aus der modernen Wirtschaft noch nicht wegzudenken. Russland zählt zu den rohstoffreichsten Ländern der Welt, da es in großem Umfang über diese Energieträger verfügt. Es scheint jedoch, dass ein Rohstoffreichtum zugleich Korruption und Misswirtschaft fördert. Der Autor erörtert in seinem Papier diesen Umstand und hinterfragt, ob Rohstoffe schaden können. Er beleuchtet zum einen die Prägung Russlands durch seine Bodenschätze und zum anderen die daraus resultierenden Wirkungen sowie die Konsequenzen für die westliche Politik gegenüber Russland.

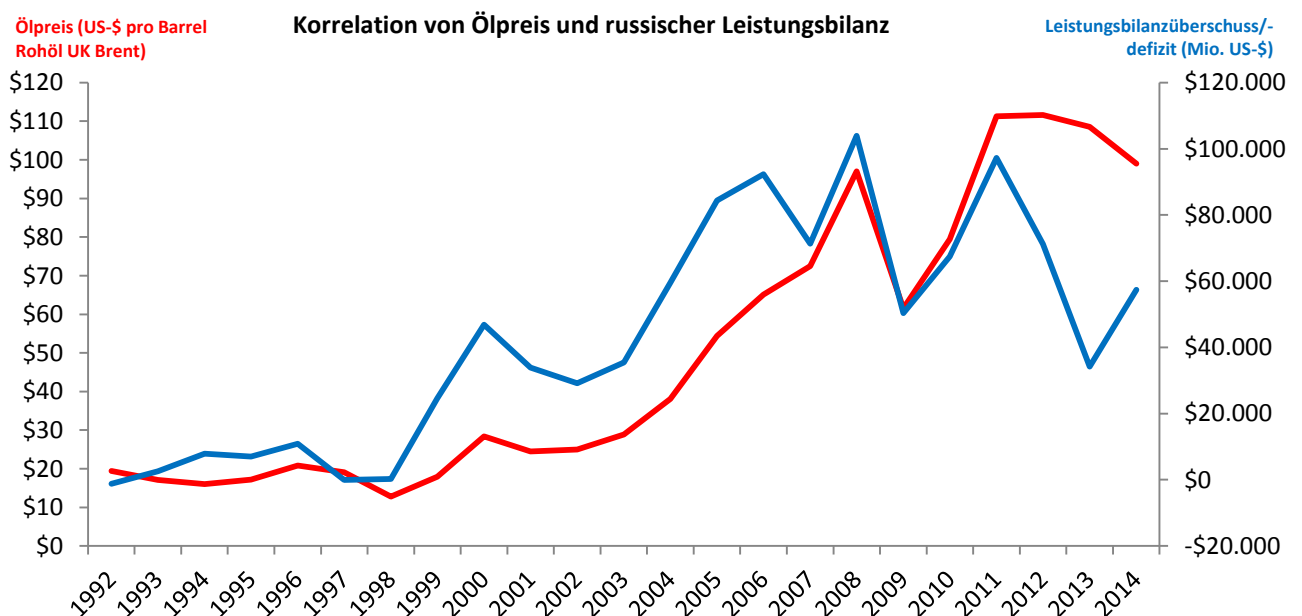
I. Die Prägung Russlands durch seine Bodenschätze

Russland ist, wenn man sämtliche Parameter wie Vielfalt, Wert und Größe der Rohstoffreserven und Lagerstätten betrachtet, vielleicht das rohstoffreichste Land der Welt. Allein an den Energieträgern Erdöl und Erdgas besitzt Russland einen Anteil von 5 % bzw. 25 % der ermittelten Reserven. Hinzu kommen Vorkommen verschiedenster Metalle wie Gold, Eisen, Nickel, Kupfer u.v.m. Russland nutzt seine Rohstoffvorkommen intensiv und ist dementsprechend auch als Exporteur von Rohstoffen mindestens genauso bedeutsam wie als deren Eigner. An der weltweiten Förderung von Erdöl hält Russland einen Anteil von 12,8 % und stellt 17,6 % der jährlichen Gasproduktion. Bei Betrachtung der geografischen Lage offenbart sich zudem ein zusätzlicher Bonus. Die räumliche Nähe zu den auf absehbare Zeit größten Nettoenergieimporteuren in Europa, China und theoretisch auch Japan erlaubt diesen eine im Verhältnis zu überseeischen Lieferquellen technisch einfachere, verlässliche, flexible und kostengünstige Energieversorgung über Pipelinesysteme.

Dagegen ist das Land nur in wenigen Bereichen von verarbeiteten Gütern und von Dienstleistungen global wettbewerbsfähig. Abgesehen von Rüstungsgütern und Raumfahrttechnik (z.B. Satellitenstarts) hat es wenig vorzuweisen. Ausgangspunkt dieser schwachen Wettbewerbsposition mag zunächst das bis zu seinem Zusammenbruch 1989ff. praktizierte sozialistische Wirtschaftssystem der im RGW organisierten Staaten gewesen sein, welches Produzenten und Märkte der ihm angehörigen Volkswirtschaften dem globalen Wettbewerb entzog. Diese Ausgangssituation allein ist jedoch keinesfalls ein ausreichender Erklärungsansatz. Dies zeigt ein Blick auf die Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften, die sich, zugegebenermaßen maßgeblich unter der Anreizwirkung der EU-Beitrittsperspektive, zum Teil recht frühzeitig und konsequent einer strukturpolitischen Reformagenda verschrieben. Größenbedingt haben sich auch hier nicht reihenweise Marktführerpositionen bilden können, aber die Integration in globale Wertschöpfungsketten ist z.B. in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik oder auch in den balti-

schen Staaten verhältnismäßig weit fortgeschritten. Die Voraussetzungen in Form etwa von Knowhowtransfer und Investitionsbereitschaft aus westlichen Volkswirtschaften, also auch durch Entwicklungsinstitutionen wie die EBRD („Osteuropabank“) und die IFC aus der Weltbankgruppe, waren dabei in ähnlicher Weise gegeben. Und selbst ein Land wie Georgien, anders als Mittel- und Osteuropa und ebenso wie Russland ohne weniger lang zurückliegende Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Mechanismen, hat jüngst deutlich mehr für die wirtschaftliche Öffnung getan, von den Umwälzungen in der Volksrepublik China ganz zu schweigen. Man wird also die Ursachen der Monostrukturen in wirtschaftspolitischen Versäumnissen seit den 90er Jahren und/oder dem unvergleichlichen Ressourcenreichtum suchen dürfen. Ist also die Rohstoffausbeutungskapazität Russlands so groß und darüber hinaus auch so stabil, dass es eine bewusste und vielleicht sogar eine rationale Entscheidung sein kann, die Wirtschaft des Landes einseitig darauf auszurichten?

Nach Schätzung der Weltbank macht der Anteil der Rohstoffproduktion ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Produktion aus. Noch weitaus größer ist die Bedeutung der Rohstoffe für den Außenhandel. Dieser ist mit einem nur 2%igen Anteil am weltweiten Warenhandel relativ wenig entwickelt. In dieser Lage konzentrieren sich die Ausfuhren mit einem Anteil von 68 % einseitig auf Energie in Form von Rohöl, Rohölprodukten und Erdgas¹. 356 Mrd. US-\$ betragen die diesbezüglichen Exporteinnahmen im Jahr 2013². Es sind also maßgeblich diese Erlöse aus dem Export von Rohstoffen, die verantwortlich sind für die positive Leistungsbilanz Russlands. Im Jahr 2013 erwirtschaftete Russland einen Leistungsbilanzüberschuss von 34,1 Mrd. US-\$ oder 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)³. Die Leistungsbilanz Russlands entwickelte sich über die vergangenen Jahrzehnte in enger Korrelation zu den Bewegungen der Rohölpreise. So war die Leistungsbilanz am schwächsten zu Beginn der 90er Jahre, im Jahr 1992 mit -1,2 Mrd. US-\$ gar negativ. Sie entwickelte sich dann relativ beständig zum Positiven; den Höhepunkt erreichten die Leistungsbilanzüberschüsse im Jahr 2008, vor Einsetzen der weltweiten Finanzkrise, mit 103,9 Mrd. US-\$. Nach dem Einbruch infolge der Finanzkrise und einer anschließenden Erholung gingen die Überschüsse seit 2011 wieder auf zuletzt (2014) 57,4 Mrd. US-\$ zurück⁴.



¹ U.S. Energy Information Administration, Russian Federal Customs Service, zitiert nach Statista in: www.zeit.de/wirtschaft/2014-07/export-gas-erdoel-russland

² dto.

³ IWF, World Economic Outlook April 2015

⁴ dto.

Legt man die Entwicklung der Rohölpreise darüber, erhält man ein ganz ähnliches Bild: Der durchschnittliche Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte UK Brent verharrte in den 90er Jahren im Wesentlichen unter 20 US-\$ mit dem Tiefstpunkt von 12,80 US-\$ im Jahr 1998⁵. Er stieg bis 2008 auf 96,99 US-\$, ging in der Finanzkrise zurück, erholte sich bis 2012 auf 111,63 US-\$ und fiel seitdem erneut⁶.

Es kann also der Schluss gezogen werden, dass unter den derzeit und seit geraumer Zeit herrschenden Wirtschaftsstrukturen die Rohstoffproduktion und insbesondere die Erlöse aus Erdölexporten ein maßgeblicher, offenbar sogar der ausschlaggebende Faktor sind für die jeweilige wirtschaftliche Lage Russlands. Von besonderem Interesse ist die Relevanz der Einnahmen aus Rohstoffexporten für das Bruttoinlandsprodukt und den Staatshaushalt der Russischen Föderation. Hierzu kann man die Quotienten dieser Kenngrößen betrachten. Zahlen über die Aufteilung der Gesamtexporterlöse auf die einzelnen Ausfuhr Güter und -dienstleistungen Russlands waren bei der Zentralbank Russlands als zuständige Statistikbehörde nicht zugänglich. Setzt man allerdings die oben zitierte Summe von 356 Mrd. US-\$ Exporteinnahmen des Jahres 2013 für Rohöl, Rohölprodukte und Erdgas ins Verhältnis zu den 2,1 Billionen US-\$ Bruttoinlandsprodukt (BIP) dieses Jahres⁷, so ergibt sich allein für diese Produktgruppe ein BIP-Anteil von etwa 17 %. Die Rohstoffexporterlöse sind nicht nur der Schmierstoff für die Wirtschaftsleistung, sondern auch ein nicht fortzudenkender Bestandteil des Staatshaushalts der Russischen Föderation. Hier sprechen wir nicht nur von den Einnahmen aus Ertragsteuern, welche die rohstoffexportierenden Unternehmen abführen. Die wichtigsten und größten dieser Unternehmen (Gazprom, Rosneft, Lukoil usw.) befinden sich seit den frühen Jahren von Putins Herrschaft wieder oder fortwährend in staatlichem Eigentum. Sie führen ihre Gewinne in Form von Dividenden direkt an den Staat ab. Darüber hinaus erhebt der russische Staat auf die Ausfuhr von Öl- und Gasprodukten eine indirekte Steuer, einen Ausfuhrzoll von beispielsweise rund 500 US-\$ pro Tonne Erdöl, den sämtliche exportierenden Unternehmen, auch die privaten, unmittelbar an den Staatshaushalt abführen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass Russland ein gewaltiges Potential der Ausbeutung seiner Rohstoffschätze hat bis hin zu der Möglichkeit, einen großen Teil seiner staatlichen Ausgaben daraus zu finanzieren.

II. Können Rohstoffe überhaupt schaden?

Die Diagnose des „resource curse“ träfe dann zu, wenn dieser Rohstoffreichtum Ursache für ein langfristig unterdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum wäre. Normalerweise würde man annehmen, dass der natürliche Reichtum des Staatsterritoriums, über das ein Gemeinwesen verfügt, auch seine ökonomische Entwicklung stützt. Die zusätzlichen Einnahmen aus Exporterlösen sollten bereit stehen, um in Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Förderung von technologischen Entwicklungen und Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisender Technologie und hoher Wertschöpfung zu investieren. Die heimische Wirtschaft könnte von hohem Steuerdruck entlastet werden, da ja dem Staat mit den Exporterlösen ergänzende Einnahmequellen zur Verfügung stehen, und rohstoffintensive Industrien lassen sich auf kurzen Wegen und im Zweifel recht kostengünstig versorgen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte – und das sind die Jahrzehnte seit 1960, in denen der grenzüberschreitende Rohstoffhandel neue Dimensionen erreicht hat – zeigt allerdings, dass es in einer annähernd gleich hohen Zahl von Fällen keine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung gegeben hat, sondern dass diese im internationalen Maßstab sogar hinter derjenigen in ähnlich entwickelten, aber rohstoffärmeren Ländern zurückgeblieben ist. Und es zeigt sich, dass dieser „resource curse“ vorzugsweise nicht reichere Industriestaaten trifft, die zusätzlich noch über Rohstoffvorkommen verfügen, sondern in erster Linie Schwellen- und Entwicklungsländer. Eine interessante Ausnahme könnten einige ölfreiche Wüstenstaaten wie Dubai, Katar und andere Anlieger des Persischen Golfs darstellen, auf die zu-

⁵ Statista in: de.statista.com/statistik/daten/studie/1123/umfrage/rohloelpreisentwicklung-uk-brent-seit-1976

⁶ dto.

⁷ IWF, World Economic Outlook April 2015

rückzukommen ist. Naheliegender Grund ist deshalb, dass der „resource curse“ mit einer unterentwickelten Regierungskultur/Staatsführungskultur, einer „bad governance“, zu tun hat.

Vieles spricht für dieses entwicklungspolitische Erklärungsmodell. Das aus der Ausbeutung von Rohstoffen erzielbare „leichte und schnelle Geld“ kann dazu verführen, komplexe, schwer vermittelbare oder schmerzhafte Anstrengungen zur Modernisierung eines Landes schleifen zu lassen. Das ist insbesondere dann gefährlich, wenn die Einnahmen aus Rohstoffexporten wegen der Endlichkeit der Lagerstätten, einem drohenden Preisverfall oder möglichen Nachfrageeinbrüchen zum Beispiel als Folge technologischer Neuentwicklungen nicht langfristig gesichert sind. Hier bedarf es einer vorausschauenden und weitsichtigen Politik der Vorsorge. Dies wird man von fragilen Staaten mit häufigen demokratisch nicht legitimierten Regime-wechseln bis hin zu Bürgerkriegssituationen nicht erwarten dürfen, weswegen in den einschlägigen Krisengebieten Afrikas der bestehende Rohstoffreichtum manifest die Situation verschärft – bekannt ist die Diskussion um die sogenannten „Blutdiamanten“ West- und Zentralafrikas. Aber auch stabilere autoritäre, populistische oder korrupte Regime können versuchen, sich je nach Lage die Unterstützung oder das Stillhalten der Bevölkerung oder einer zum Machterhalt wichtigen Bevölkerungsgruppe dadurch zu erhalten, dass sie aus der Rohstoffausbeutung erzielte Einnahmen als unmittelbar fühlbare Wohltaten an sich oder andere verteilen statt sie zur langfristigen Entwicklung des Landes zu investieren. Für die Frage, ob es dazu kommen muss, spielt der bestehende Entwicklungsstand, also etwa die vorhandene wirtschaftliche Infrastruktur, die rechtliche Sicherheit, die fachliche Ausbildung der Arbeitskräfte etc. sicherlich insofern eine Rolle, als er die Plattform für Investitionen im Land (im Gegensatz zur Außerlanderschaffung von Profiten) darstellt und weitere Entwicklungsschritte erleichtert. Darüber hinaus kommt es aber auch darauf an, dass in der Bevölkerung ein langfristig orientiertes Denken, eine damit einhergehende gewisse politische Reife und selbstverständlich auch die faktische Möglichkeit zur politischen Teilhabe gegeben sind.

Alle diese Überlegungen zur „governance“ sind gewiss nicht der alleinige, aber doch ein maßgeblicher Erklärungsansatz dafür, dass beispielsweise Norwegen oder die USA mit dem dort vorhandenen Ressourcenreichtum so ungleich mehr für die Entwicklung ihrer Länder bewirken konnten als etwa der Kongo oder Bolivien. Die ökonomischen Gesetze als solche gelten natürlich ebenso in entwickelten Ländern wie im Zentrum Afrikas. Insofern bereitet es auch einem hochentwickelten Industrieland wie den USA, noch mehr wegen seiner auf Grund seiner kleineren Größe geringeren wirtschaftlichen Diversität aber Norwegen oder vergleichbaren Ländern gewisse Probleme, wenn ein Rohstoffboom die wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinanderwirft. So können stark steigende Rohstoffexporte gerade in einer kleineren Volkswirtschaft den Wechselkurs erhöhen und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Exportchancen anderer Wirtschaftszweige spürbar beeinträchtigen. Auch die Allokation von Kapazitäten z.B. des Arbeitsmarktes oder der Kreditmärkte wird beeinflusst, was unerwünscht sein kann. Dieses Phänomen ist als „Dutch disease“ bekannt. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass die Schwächung der Wachstumskräfte außerhalb des Rohstoffsektors oder Fehlallokationen keine schicksalhafte Folge sein müssen, sondern diesen Entwicklungen durch eine kluge Regierungsführung begegnet werden kann. Hierin unterscheiden sich die rein ökonomisch bedingte, steuerbare „Dutch disease“ und der durch „bad governance“ verfestigte Ressourcenfluch.

III. Kann sich Russland von seinen Rohstoffen emanzipieren?

Wie sind nun die russischen Verhältnisse in dieser Spannweite der Erscheinungsformen von ökonomischer Abhängigkeit und Fehlentwicklungsanreizen einzuordnen? Um es vorwegzunehmen: Grundsätzlich hätte sich Russland, statisch betrachtet, einen Platz im Mittelfeld der Phänomene von Rohstoffabhängigkeit ver-

dient. Auf der Zeitachse betrachtet gibt es jedoch einen beunruhigenden Trend zur Verschärfung der Problematik. Woran lässt sich das festmachen?

Einerseits wirken im Falle Russlands einige Faktoren abmildernd auf die Rohstoffexportabhängigkeit. Da ist zunächst die relative Größe der Volkswirtschaft und die Vielfalt und Ergiebigkeit seiner Rohstoffvorkommen. Trotz der eingangs beschriebenen gegenwärtigen Dominanz der rohöl-/energiebezogenen Exporte wird sich die russische Wirtschaft nie in einer Weise in Abhängigkeit von einem einzelnen Rohstoff befinden wie ein öltreicher Kleinstaat am Persischen Golf. Des Weiteren verfügt die russische Wirtschaft über eine größere industrielle Basis mit Schwerpunkt in der Schwerindustrie, über ein akzeptables technologisches Niveau in diesen Industriezweigen und noch immer über eine in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie mittlerweile auch in der Anwendung der Informationstechnologie konkurrenzfähiges Ausbildungsniveau der örtlichen Arbeitskräfte.

All diese Vorzüge sind allerdings entweder naturgegeben oder in lang zurückliegenden Jahrzehnten mühsam erworben worden. Russland zehrt heute von diesem Kapital und verspielt seine Optionen für die Zukunft: Eine konsequente marktwirtschaftliche Reformpolitik wurde seit den 2000er Jahren in Russland trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse der Regierung nicht mehr betrieben. Russland verfolgt eine opportunistische, von taktischen Erwägungen geleitete Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wie im Falle der Stützung der nicht wettbewerbsfähigen heimischen Autoindustrie 2008/09, bestenfalls eine Industriepolitik zu Gunsten einzelner, für strategisch bedeutsam erklärter und staatsnaher Sektoren. In diesem Sinne muss man rückblickend die programmatischen vier „I“ aus der Krasnojarsker Rede des zwischenzeitlichen Präsidenten Medwedew verstehen: Infrastruktur, Investitionen, Institutionen, Innovationen. Wirtschaftliche und politische Macht sind miteinander verbunden und mehr als zuvor in den Händen einer staatsspitzennahen Elite konzentriert. Und so kann es auch nicht überraschen, dass Russland entgegen ständiger gegenteiliger Beteuerungen keine wirksamen Anstrengungen zur Verringerung der grassierenden Korruption unternommen hat. Im Corruption Perceptions Index der Organisation Transparency International liegt Russland 2014 auf einem seinem industriellen, technischen und bildungsmäßigen Entwicklungsstand unwürdigen 136. Platz (von 175), und eine Verbesserung ist nicht in Sicht.

Diese schon vor 2014 bestehende Situation wird selbstverständlich zusätzlich verschärft durch die seitdem eingetretene, in der Ukraine zutage getretene schwerwiegende Konfrontation mit der westlichen Welt. Dabei sind – bislang – weniger die tatsächlich verhängten beidseitigen Finanz- und Handelsanktionen wirksam als die Unsicherheit über eventuelle zusätzliche Sanktionen und den weiteren Werdegang Russlands. Russland hat Vertrauen verspielt und die Position eines attraktiven Zielortes für westliches Kapital und westliches Knowhow für viele Jahre verloren. Damit hat es sich in die Position einer gewachsenen Abhängigkeit von China als Abnehmer seiner Rohstoffe (siehe die Vereinbarung zum Export sibirischen Erdgases aus dem vergangenen Jahr) und als finanzkräftigem Investor begeben. Dies widerspricht im Übrigen der von russischen Regierungsvertretern versicherten Absicht einer nach allen Seiten offenen, pragmatischen und multivektoralen Außen- wie Außenwirtschaftspolitik. Auf eine Fähigkeit und ein Interesse Chinas zur Vermittlung von technischem und ökonomischem Knowhow kann Russland dagegen nicht setzen.

Noch eine vergleichende Anmerkung: Es gibt auch das bislang durchaus sehr erfolgreiche Entwicklungsmodell einiger in der Ausgangslage denkbar stark von ihrem Ressourcenreichtum abhängiger arabischer Ölstaaten, nämlich der Vereinigten Arabischen Emirate und anderer Golfstaaten. Sie haben ihre Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen erkannt und zum Anlass einer durch beispiellose Investitionen in die Infrastruktur und offenen Handel sowie gute Geschäftsideen gekennzeichneten Wirtschaftspolitik genommen, die ihre Abhängigkeit bereits signifikant verringert hat und weiter verringern wird (Musterbeispiel ist Dubai). Für diesen Weg fehlen Russland zwei Dinge: zum einen der nur Kleinstaat vorbehaltene enorme Pro-Kopf-Reichtum, zum anderen aber auch die überzeugte Bejahung eines offenen Welthandels mit privater Initiative.

Das Resümee: Russland leidet tatsächlich unter so etwas wie einem Ressourcenfluch. Dies ist aber zu einem erheblichen Teil selbstverschuldet. Positiv gewendet bedeutet dies: Die Situation ist umkehrbar. Allerdings lassen sich gegenwärtig kaum Tendenzen zur Umkehr ausmachen, und die russische Politik der letzten 20 Jahre ist keine Stütze für Vertrauen auf eine absehbare Wende.

IV. Was droht Russland?

Die wirtschaftlichen Gefahren, die Russland aus der beschriebenen Rohstoffabhängigkeit erwachsen, sind vor allem mittel- und langfristiger Natur. Zwar ist die Verwundbarkeit Russlands mit dem Ölpreisverfall und den westlichen Finanzsanktionen des letzten Jahres beispielsweise durch den Absturz des Rubelkurses in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt. Mit der gegenwärtigen Situation kann die russische Wirtschaft aber voraussichtlich noch einige Jahre leidlich leben. Was den Staatshaushalt und die Zahlungsfähigkeit betrifft, ist an die ganz erheblichen russischen Währungsreserven zu erinnern, welche die Regierung in besseren Zeiten (seit Mitte der 2000er Jahre) vorausschauend im Stabilisierungsfonds angelegt hat. Auch nach den Maßnahmen in 2008 und in jüngster Vergangenheit sollten hier noch über 200 Milliarden US-\$ an Reserven bestehen. Und die Importe wurden in jüngster Zeit reduziert. Russlands Absatzmärkte für Öl und Gas sind kurzfristig nicht von Sanktionen betroffen, eine freiwillige Umorientierung westlicher Abnehmer dauert viele Jahre, und Russlands Absatzmärkte für seine Industrieprodukte liegen vorrangig im nicht sanktionsgeneigten Ausland. Langfristig aber können die Auswirkungen ausbleibender Innovationen verheerend sein und an die Stagnation der Jahre vor 1991 erinnern.

Aus den langfristigen wirtschaftlichen Perspektiven ergeben sich die größten Risiken für die soziale Stabilität Russlands. Derzeit werden ökonomische Probleme durch die Solidarisierung des Großteils der Bevölkerung mit der expansiven Außenpolitik Präsident Putins und die damit einhergehende euphorische Stimmung überdeckt. Dennoch gab es in 2015 bereits unüberhörbar öffentliche Missfallenskundgebungen in den Regionen wegen nicht gezahlter Löhne. Anlass und Form der Proteste erinnern an die Krise 2008. Sobald die staatlichen Mittel nicht mehr ausreichen, um wie in 2008 Ausgleichsmaßnahmen zu finanzieren, würde die Industriearbeiterschaft in den russischen Regionen wirtschaftlich hart getroffen, die neben dem öffentlichen Dienst eine der Hauptunterstützergruppen der Putin-Herrschaft darstellt. Auch die durch die Rohstoffausrichtung der Wirtschaft bedingte Konzentration des Vermögens in wenigen Händen und die breite Schicht der Menschen ohne Rücklagen vergrößern die sozialen Risiken. Andererseits ist bekannt, wie sehr die russische Bevölkerung bereit und in der Lage ist, wirtschaftliche Härten auch angesichts einer reichen Elite lange Zeit auszuhalten.

Die rohstofflastige und durch Groß- und Staatsbetriebe geprägte Struktur der russischen Wirtschaft ist nicht neu. Sie muss die politische Stabilität nicht notwendig gefährden. Die nationale Euphorie und die autoritäre Tradition Russlands, das Bedürfnis nach einer innen- und außenpolitisch starken Führung passen eher gut zu den wirtschaftlichen Strukturen. Gefahren könnten von außer Kontrolle geratenen sozialen Konflikten ausgehen. Ein Umschwung der Stimmung, der die politischen Machtstrukturen gefährdet, ist nicht absehbar. Es gehört allerdings zu den Eigenheiten eines geschlossenen, autoritären politischen Systems, dass Stimmungsumschwünge schwierig vorherzusehen sind und sich gerne ruckartig vollziehen und entladen können. Ein wirtschaftlicher Mittelstand und eine soziale Mittelschicht, welche in der Lage wären, solche Prozesse abzufedern und erfolgreich zu beeinflussen, fehlen in Russland.

V. Folgerungen für die westliche Politik gegenüber Russland

Seitens der EU, den USA und anderer westlicher Staaten wurden wegen der völkerrechtswidrigen Handlungen der russischen Regierung bei der Annexion der Krim und bei der grenzübergreifenden Unterstützung

von Separatisten in der Ostukraine Sanktionen verhängt und die finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit eingeschränkt. Hier tritt ein Dilemma zutage. Denn so sehr aus politischen Gründen eine politische Sanktionierung geboten erscheint, so sehr muss der Westen weiterhin grundsätzlich ein Interesse an aktiver Einflussnahme zugunsten einer strukturell gesünderen russischen Wirtschaft und einer demokratischeren russischen Gesellschaft haben. Geboten ist die Förderung einer mittelständischen, rohstoffferneren Wirtschaft. Die bestehende Rohstoff- und Energiewirtschaft ist großunternehmenslastig. Russische Großunternehmen sind staatlich oder staatsnah und ein Betätigungsfeld für die systemische Korruption. Eine gesündere Landschaft von diversen kleineren und mittelständischen Unternehmen würde die gesellschaftliche Vielfalt und Teilhabe unterstützen.

Es ist deswegen eine Interessenabwägung seitens der westlichen Politik erforderlich, die zwischen dem Gebot angemessener Sanktionen und dem Gebot gesellschaftspolitischer und wirtschaftspolitischer Einflussnahme abwägt. Diese Abwägung muss laufend überprüft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit zunehmendem Ausmaß der Lösung aus westlichen Wirtschaftskreisläufen der Weg zurück länger und störanfälliger werden wird. Tatsache ist aber, dass das transformative Moment der europäischen Nachbarschaftsbeziehungen mit Russland gegenwärtig erstarrt ist.

Mehr als fraglich ist ohnehin, inwieweit derzeit auf russischer Seite die Bereitschaft zur Annahme und Umsetzung westlicher Kooperationsangebote besteht, die auf Umstrukturierungen und Mitsprache abzielen. Transformationshilfen können nur funktionieren, wenn sie über die rein finanzielle Hilfe hinausweisen und nicht aufgedrängt werden müssen, sondern auf russischer Seite ein Bedarf identifiziert wird und Hilfen aktiv angenommen werden.

Solange Russland nicht in diesem Sinne kooperiert und überdies auf eine konfrontative Außenpolitik setzt, in der es den Westen mit seinen Institutionen als geopolitischen Gegner begreift, kann es keine ernsthafte Aussicht auf eine engere partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik geben. Die westlichen Perspektiven bestehen einstweilen bestenfalls in der Aufrechterhaltung bestehender Handelsbeziehungen und in dem Versuch, getätigte Investitionen vor Schaden zu bewahren.